

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Antje Müller-Möller, Dr. Anke Frieling,
Silke Seif, Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 23/154

Betr.: Bestehende Schulwettbewerbe stärken: Schulen bei der Ausrichtung unterstützen

Schülerinnen und Schüler können bei Schulwettbewerben etwas Neues ausprobieren, eigene Potenziale entdecken und sich weiterentwickeln. Es gibt eine Vielzahl von Wettbewerben an Hamburgs Schulen. Diese reichen von „Jugend forscht“, „die Mathematik-Olympiade“ und „Jugend gründet“, um nur einige bekannte Formate zu nennen.

„Die Kultusministerkonferenz hat mit Beschluss vom 17.09.2009 eine Vereinbarung über „Qualitätskriterien Schüler- und Jugendwettbewerbe“ beschlossen. Länderübergreifend durchgeführte Wettbewerbe, die seitens der Kultusministerkonferenz empfohlen und als unterstützenswert eingestuft werden, erfüllen in der Regel die dort formulierten Ansprüche.“ (<https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/individuelle-foerderung/schueler-und-jugendwettbewerbe.html>, vergleiche zudem https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_09_17-Schuelerwettbewerbe_Anlage-2024_09_19.pdf)

Eine Stärkung bestehender Schulwettbewerbe und eine prominenter Darstellung beziehungsweise Würdigung in Hamburg machen sicherlich Sinn. Doch den bereits bestehenden Formaten einen weiteren zentralen Wettbewerb zwischen allen Hamburger Schulen hinzuzufügen, scheint bei steigender Aufgabenbelastung der Schulen nicht angebracht. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollen die bestehenden Wettbewerbe gestärkt werden. Anstatt weitere Formate zu initiieren. Die Schulen müssen zudem durch die Schulbehörde bei der Ausrichtung von Schulwettbewerben unterstützt werden. Bei allen Bestrebungen sollten die „Qualitätskriterien Schüler- und Jugendwettbewerbe“ der KMK als Richtschnur gelten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. bestehende Schulwettbewerbe an Hamburgs Schulen zu stärken, bekannter zu machen und öffentlichkeitswirksam zu würdigen;
2. die Schulen bei der Ausrichtung von Schulwettbewerben durch die Schulbehörde stärker zu unterstützen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2025 zu berichten.